

Diakonie 
in Hessen
und Nassau

Diakonie 
Kurahessen-
Waldeck

Pressemitteilung

Gießen, 22. August 2013

Landesgeschäftsstelle
Ederstraße 12
60486 Frankfurt
Pressesprecherin
Kathleen Niepmann
Telefon: 069 / 7947 375
Telefax: 069 / 7947 99375
E-Mail:
pressesprecherin@dwhn.de

Landesgeschäftsstelle
Kölnische Str. 136
34119 Kassel

„Finanzierung der sozialen Arbeit und der Pflege ist ein politischer Skandal“

Diakonie-Vorstand Rühl: Brauchen dringend solidarische und gerechte Finanzierung der Pflege

Als einen politischen Skandal hat Landeskirchenrat Horst Rühl, theologischer Vorstand der künftigen Diakonie Hessen (der beiden Diakonischen Werke in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck), die Finanzierung der sozialen Arbeit und der Pflege heute vor Journalisten in Gießen bezeichnet.

Am Beispiel der Situation in der Pflege sagte Rühl, der selbst mehrere Jahre Leiter einer Pflegeeinrichtung gewesen ist: „Die finanzielle Schere zwischen Vergütung und tatsächlichen Kosten auf der einen und der durch den Kostenträger gezahlten Pauschale auf der anderen Seite geht immer weiter auseinander und führt zu immer mehr Defiziten bei denen, die soziale Arbeit leisten. Dies sind politisch gewollte Entscheidungen. Ein Desaster für die soziale Arbeit.“

Rühl sagte weiter: „Die Diakonie Hessen fordert eine solidarische und gerechte Finanzierung der Pflege: in Form der Vollfinanzierung, die zumindest teilsteuerverfinanziert sein muss.“ Die Diskussion um Pflege dürfe nicht mehr länger durch den Wettbewerb um das billigste Angebot und den niedrigsten Preis geprägt sein. „Dienstleistung am Menschen darf nicht marktschreierisch feilgeboten werden. Das Thema Pflege gehört nicht auf einen Markt, bei dem das Rennen macht, wer das billigste Angebot setzt - Pflege gehört in einen positiven Wettbewerb um das beste Angebot. Das muss um Gottes Willen und um der uns anvertrauten Menschen Willen, die unsere Hilfe und Pflege brauchen, so sein“, sagte Rühl.

„Verdi agiert auf Nebenschauplätzen, statt sich dem Problem zu stellen“

Rühl bezeichnete es als „unverantwortlich, dass Verdi sich dieser Diskussion nicht stellt und stattdessen mit Demonstrationen auf Nebenschauplätzen agiert.“ Er appellierte: „Wir fordern die Gewerkschaften auf, dass sie sich gemeinsam mit uns für bessere Rahmenbedingungen, eine angemessene Bezahlung und einen differenzierten Mindestlohn in der Pflege einsetzen.“

„Verfahren muss für Mitarbeitende transparent und zuverlässig sein“

Im Blick auf die Delegiertenversammlung, die am Vormittag in der Gießener Kongresshalle getagt hatte, bedauerte Rühl zunächst, dass die Wahl der Dienstnehmer in die Arbeitsrechtliche Kommission (ARK) nicht zustande gekommen sei. Gleichzeitig sei laut Rühl das deutliche Votum der Delegierten nachvollziehbar, die sich am Vormittag mit großer Mehrheit für eine Vertagung der Wahl ausgesprochen hatten, da die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl aufgrund von Formfehlern aus deren Sicht an diesem Vormittag nicht möglich gewesen sei. „Es ist wichtig, dass das Verfahren, das jetzt erstmals durchgeführt wird, auch im Sinne aller Mitarbeitenden transparent und zuverlässig ist“, sagte Diakonie-Vorstand Rühl.

STICHWORTE

Stichwort: Gesamtausschuss Kurhessen-Waldeck und Hessen und Nassau

Die Mitarbeitervertretungen der zukünftigen Diakonie Hessen und ihrer Mitgliedseinrichtungen sind im Gesamtausschuss zusammengeschlossen. Für die erste Amtszeit wird für den Bereich des bisherigen Diakonischen Werkes in Kurhessen-Waldeck und für den Bereich des bisherigen Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau jeweils ein eigener Gesamtausschuss gebildet. Die beiden Gesamtausschüsse bestehen aus jeweils sieben Personen. Die Aufgaben werden von den Gesamtausschüssen jeweils für ihren regionalen Zuständigkeitsbereich wahrgenommen.

Stichwort: Dritter Weg

Der Dritte Weg ist das Verfahren der kirchengemäßen Arbeitsrechtssetzung. Hierbei beraten und beschließen gewählte Dienstgeber- und Dienstnehmervertreter in paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommissionen (ARK) über die Weiterentwicklung der kirchlichen und diakonischen Arbeitsbedingungen.

Kennzeichen des Dritten Weges sind Parität, Ausschluss von Arbeitsk Kampfmaßnahmen, Unabhängigkeit der ARK-Mitglieder, Kirchenzugehörigkeit der ARK-Mitglieder.

Davon zu unterscheiden sind der Erste und der Zweite Weg: Im Ersten Weg legen die Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen allein fest. Im Zweiten Weg verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände kollektive Arbeitsrechtsregelungen und schließen darüber Tarifverträge.

Stichwort: Arbeitsrechtliche Kommission (ARK)

Die Arbeitsrechtliche Kommission (ARK) hat die Aufgabe, die Arbeitsbedingungen der etwa 39.000 Beschäftigten der künftigen Diakonie Hessen und ihrer Mitgliedseinrichtungen zu regeln. Im Rahmen der Fusion der beiden Diakonischen Werke in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck umfasst dies besonders die Zusammenführung der beiden unterschiedlichen Arbeitsrechte, einschließlich der Entgeltverhandlungen. Die achtzehnköpfige ARK der künftigen Diakonie Hessen ist paritätisch aus Dienstnehmern und Dienstgebern besetzt. Ihr gehören neun Vertreter der Mitarbeitenden sowie neun Vertreter von Leitungsorganen an.

Die Vertreterinnen und Vertreter auf Dienstnehmerseite werden durch Vereinigungen, z.B. Gewerkschaften, und die Delegiertenversammlung der Mitarbeitervertretungen entsandt. Die Dienstgebervertreter werden vom Aufsichtsrat der Diakonie Hessen im kommenden September benannt.

Stichwort: Delegiertenversammlung

Die Vertreter der Mitarbeitenden in der Arbeitsrechtlichen Kommission werden durch Vereinigungen, z.B. Gewerkschaften, und die Delegiertenversammlung der Mitarbeitervertretungen entsandt. Soweit die Sitze noch nicht durch Vereinigungen belegt sind, wählt die Delegiertenversammlung aus ihrer Mitte die weiteren Vertreter der Mitarbeitenden in die Arbeitsrechtliche Kommission. In die Delegiertenversammlung entsendet jede Mitarbeitervertretung aus dem Bereich der Diakonie Hessen eine Person. Die Delegiertenversammlung wird von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der zukünftigen Diakonie Hessen einberufen und geleitet.

epd

lep152 3 pl 375 vvvvm epd 130822220

Soziales/Arbeit/Diakonie/ZF/ Diakonie vertagt Wahl - Gewerkschaft ver.di demonstriert für Tarifverträge - (Zusammenfassung) =

Gießen (epd). Die für Donnerstag geplante Wahl einer Arbeitsrechtlichen Kommission (ARK) der Diakonie Hessen ist gescheitert. Ein Großteil der Delegierten habe sich wegen «Formfehlern» für eine Vertagung auf Dezember ausgesprochen, sagte die Pressesprecherin der Diakonie Hessen, Kathleen Niepmann, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die ARK regelt das kirchliche Arbeitsrecht. In Gießen sollten eigentlich die Vertreter der Arbeitnehmerseite bestimmt werden.

Am Vormittag hatten rund hundert Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vor der Kongresshalle gegen die Wahl demonstriert. «Wir sind gegen die Neuwahl der Kommission und wollen nicht, dass sie ihre Arbeit aufnimmt», sagte ver.di-Fachsekretär Fabian Rehm am Rande der Kundgebung dem epd. Die Wahl ist notwendig, weil die beiden diakonischen Werke in Hessen Anfang Juli zu einer gemeinsamen Diakonie Hessen fusioniert hatten.

Die Gewerkschaft demonstrierte für Tarifverträge und gegen den sogenannten Dritten Weg zur Regelung der kirchlichen und diakonischen Arbeitsbedingungen. «Die Diakonie hält bewusst am Dritten Weg fest», sagte der theologische Vorstand der neuen Diakonie Hessen, Horst Rühl, am Nachmittag vor Journalisten. Beim Dritten Weg verhandeln gewählte Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite die diakonischen und kirchlichen Arbeitsbedingungen. Als Besonderheit wird auf Streik und Aussperrung verzichtet. Die Verhandlungen erfolgen in der ARK.

Der Dritte Weg sei eine andere Art, eine Tarifregelung zu finden; es sei ein «kollegiales System», erklärte der Personalleiter der Diakonie Hessen, Christoff Jung. «Die Kommission bestimmt über die Vergütungsregelungen», kritisierte hingegen Rehm. Es gebe nicht wie in anderen Branchen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern, einen Arbeitskampf und ein Schlichtungsverfahren, «sondern man verhandelt hinter geschlossenen Türen». Für die Gewerkschaft sei vor allem das fehlende Streikrecht ein wichtiger Punkt, ergänzte Berno Schuckart-Witsch von der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

Ver.di agiere «mit Demonstrationen auf Nebenschauplätzen», bemängelte Rühl. Der eigentliche Skandal liege in der mangelhaften Refinanzierung der Pflege. «Es fehlt in der Gesellschaft eine Wertschätzung der Pflege.» Rühl forderte die Gewerkschaft auf, sich gemeinsam stark zu machen für eine ausreichende Finanzierung und für Mindestlöhne in der Pflegebranche.

Es gehe auch um den politischen Einfluss der Gewerkschaften, ergänzte Jung. Laut Niepmann sind weniger als sechs Prozent der Beschäftigten in der Diakonie Hessen gewerkschaftlich organisiert.

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hatte im vergangenen Jahr in zwei Urteilen entschieden, dass kirchlich Beschäftigten das Streiken nicht generell verboten werden darf. Grundsätzlich hatte das Gericht allerdings den Sonderweg der Kirchen im Arbeitsrecht bestätigt.

epd lmw was ds

lep084 4 pl 285 vvvvm epd 130822128

Soziales/Arbeit/Diakonie/ Gewerkschaft demonstriert für Tarifverträge in der Diakonie =

Gießen (epd). Etwa hundert Mitglieder der Gewerkschaft ver.di haben am Donnerstag in Gießen für Tarifverträge und gegen das Arbeitsrecht von Kirche und Diakonie demonstriert. Anlass war die Wahl einer Arbeitsrechtlichen Kommission (ARK) der Diakonie Hessen, die das kirchliche Arbeitsrecht regelt. «Wir sind gegen die Neuwahl der Kommission und wollen nicht,

dass sie ihre Arbeit aufnimmt», sagte ver.di-Fachsekretär Fabian Rehm am Rande der Kundgebung dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die Wahl war notwendig, weil die beiden diakonischen Werke in Hessen Anfang Juli zu einer gemeinsamen Diakonie Hessen fusioniert haben.

Ver.di habe eine Umfrage in diakonischen Einrichtungen in Hessen und Nassau gemacht, wonach sich eine Mehrheit der Befragten gegen den sogenannten Dritten Weg ausgesprochen habe, sagte Rehm. Beim Dritten Weg verhandeln paritätisch gewählte Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in der ARK die Arbeitsbedingungen in Kirche und Diakonie. Streik und Aussperrung sind ausgeschlossen. Stattdessen gibt es bei Uneinigkeit eine Schlichtungsstelle. Die Gewerkschaft kritisiere das fehlende Streikrecht, sagte Berno Schuckart-Witsch von der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin.

In der Diakonie Hessen seien weniger als sechs Prozent der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, entgegnete Pressesprecherin Kathleen Niepmann. Nur ein kleiner Teil der Beschäftigten habe sich in der ver.di-Befragung gegen den Dritten Weg ausgesprochen. «Streik bedeutet immer auch Aussperrung.» Beim Verfahren des Dritten Wegs hingegen werde gemeinsam eine Lösung gesucht. Die ARK in Hessen sei mit neun Vertretern der Arbeitnehmerseite und neun Vertretern der Arbeitgeberseite besetzt. Auch der Gewerkschaft ver.di stehe ein Sitz zur Verfügung.

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hatte im vergangenen Jahr in zwei Urteilen entschieden, dass kirchlich Beschäftigten das Streiken nicht generell verboten werden darf. Grundsätzlich hatte das Gericht allerdings den Sonderweg der Kirchen im Arbeitsrecht bestätigt. Die Diakonie Hessen hat 39.000 Beschäftigte in 738 Einrichtungen, vor allem der Altenhilfe.

epd lmw was by

Diakonie: Arbeitnehmer-Wahl vertagt

Verdi fordert Tarifverträge, kirchlicher Verband will bei »drittem Weg« bleiben

Gießen (kw). Hier die Gewerkschaft, dort der Arbeitgeberverband: So werden in den meisten Branchen die Tarifverträge ausgehandelt. Allerdings nicht in etlichen kirchlichen Diensten, die den »dritten Weg« gehen (siehe »Hintergrund«). Darüber wird seit Jahren diskutiert, gestern auch am Berliner Platz in Gießen. In der Kon-

gresshalle wollte die neue Diakonie Hessen die Arbeitnehmer-Vertreter für ihr eigenes Gremium wählen lassen. Vor der Halle demonstrierten rund 100 Diakonie-Beschäftigte und Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi für Tarifverträge. Letztlich wurde die Wahl vertagt; dies werteten die Gewerkschafter als Erfolg.

Rund 80 Delegierte aus ganz Hessen waren auf Einladung der Diakonie-Leitung in die Kongresshalle gekommen. Sie sollten bestimmen, welche neun Arbeitnehmer in der Arbeitsrechtlichen Kommission (ARK) der Diakonie Hessen sitzen werden. Nachdem das nicht gelungen ist, bleiben vorerst die beiden Kommissionen der bisherigen Diakonischen Werke im Amt. Ein zweiter Wahltermin ist für Dezember anberaumt.

Die Gewerkschaft wollte mit ihrer Kundgebung nicht nur gegen die kirchliche Praxis protestieren, sondern ausdrücklich auch die ARK-Wahl scheitern lassen. Das solle dem Verband deutlich machen, dass eine große Mehrheit der Mitarbeiter das System ablehne, bekräftigte Verdi-Fachsekretär Fabian Rehm im Gespräch mit der Gießener Allgemeinen Zeitung. Auch weitere Wahltermine sollten möglichst ohne Ergebnis bleiben. Ziel sei, dass die Diakonie mit den Gewerkschaften Tarifverhandlungen aufnimmt, erklärte in seiner Rede Berno Schuckart-Witsch, Kirchenexperte vom Verdi-Bundesvorstand. Er unterstrich, Streiks seien unter bestimmten Umständen schon jetzt erlaubt.



Die Diakonie solle den »langen Weg zum Tarifvertrag« antreten, forderten rund 100 Demonstranten bei der Verdi-Kundgebung vor der Kongresshalle. (Foto: Schepp)

Hintergrund

Die Diakonie Hessen – Wohlfahrtsverband der evangelischen Kirche – ist kürzlich als Zusammenschluss der Diakonischen Werke Hessen-Nassau und Kurhessen-Waldeck gegründet worden. Dazu gehören rund 740 Einrichtungen mit 39 000 hauptamtlichen Mitarbeitern.

Über Gehälter, Arbeitszeiten und andere Bedingungen verhandeln sogenannte Arbeitsrechtliche Kommissionen. Darin sitzen ebenso viele Arbeitnehmer wie Arbeitgeber-Vertreter. Streiks und Aussperungen lehnt die Kirche ab. Man setze auf Kooperation statt Konfrontation, so das Argument. Wenn sich beide Seiten dennoch nicht einig werden, startet ein Schlichtungsverfahren.

Im November hat das Bundesarbeitsgericht die kirchliche Praxis im Grundsatz bestätigt. Dagegen hat die Gewerkschaft Verdi Verfassungsbeschwerde eingelegt.

In den Augen der Diakonie-Leitung hatten die Mitarbeiter eine Wahlvertagung lediglich wegen formaler Fehler rund um die Einladung beantragt. Das Scheitern sei »schmerzlich«, aber offenbar im Interesse der Transparenz für die Mitarbeiter, sagte bei einem Pressegespräch am Nachmittag Landeskirchenrat Horst Rühl, theologischer Vorstand der Diakonie Hessen. Er äußerte sich optimistisch, dass die Wahl im zweiten Anlauf gelingen werde. Der eigentliche Skandal sei die unzureichende Finanzierung der Altenpflege. Er fordere die Gewerkschaft auf, sich gemeinsam mit dem Verband für mehr Wertschätzung und Geld einzusetzen.

Grundsätzlich habe Verdi wenig Rückhalt bei den Diakonie-Beschäftigten, meinten auch Christoff Jung, Personalleiter der Diakonie Hessen, Arbeitsrechtsreferentin Dr. Stefanie Jatho und Pressesprecherin Kathleen Niepmann. Nicht einmal sechs Prozent der Mitarbeiter gehörten der Gewerkschaft an. Mit den Aktionen wolle Verdi Mitglieder werben und letztlich politischen Einfluss auf die Gestaltung kirchlicher Arbeitsverträge gewinnen, sagte Jung.

Rühl nannte drei Hauptargumente für die Beibehaltung der derzeitigen Praxis. Erstens

hätten Arbeitgeber und Arbeitnehmer prinzipiell dieselben Interessen: »Bei uns gibt es niemanden im Hintergrund, der Gewinne macht.« Zweitens funktioniere das vermittelnde Verfahren gut. Drittens stimmten auch die Ergebnisse: Die so ausgehandelten Gehälter lägen oft über denen, an deren Entstehung Verdi beteiligt war. Beim Vergleich der Entgelte müsse man die Zusatz-Altersvorsorge berücksichtigen, die der Wohlfahrtsverband zahlt. Niepmann ergänzte, die Diakonie könne ohnehin nicht eigenmächtig aus dem »dritten Weg« ausscheren. Darüber entscheiden die Kirchenparlamente.

Nur Kirchenmitglieder bestimmen mit

Ein Verdi-Kritikpunkt ist, dass nur diejenigen Mitarbeiter in den ARK gewählt werden können, die einer christlichen Kirche angehören – obwohl zahlreiche Konfessionslose, Muslime oder Angehörige anderer Religionen bei der Diakonie tätig sind. Dazu sagte Rühl, die Arbeit sei in vielen Bereichen ohne Nichtchristen nicht mehr zu bewältigen. Die Gremien allerdings gehörten zum »Tendenzbetrieb« Kirche.

Verdi fordert Tarifverhandlungen mit Diakonie

„DRITTER WEG“ Gewerkschaft protestiert in Gießen – Wahl der Mitglieder der „Arbeitsrechtlichen Kommission“ der Diakonie vertagt

GIESSEN (ies/tk). „Unbefugten ist der Zutritt verboten“ oder „Ich muss draußen bleiben“ – so die „Warnhinweise“ auf den Protestschildern der Gewerkschaft Verdi Mittelhessen, die vor der Delegiertenversammlung der künftigen „Diakonie Hessen“ in der Gießener Kongresshalle deren Mitarbeiter zu Protesten aufgerufen hatte. Die Mitglieder der arbeitsrechtlichen Kommission (ARK) der Diakonie sollten neu gewählt werden, weil die Diakonischen Werke Hessen-Nassau und Kurhessen Waldeck fusionieren. Diese Wahl kam jedoch nach Angaben von Landeskirchenrat Horst Rühl, theologischer Vorstand der künftigen Diakonie Hessen, wegen Formfehlern nicht zustande. Rühl warf gestern Verdi in Gießen in einem Pressegespräch vor, auf Nebenschauplätzen zu agieren. Der eigentliche Skandal sei die mangelhafte Finanzierung der sozialen Arbeit und Pflege.

Im Vorfeld der ARK-Wahl hatten sich laut Verdi fast alle der 150 Mitarbeitervertretungen aus dem Bereich Kurhessen Nassau gegen eine Beteiligung an der ARK ausgesprochen. Denn, so Verdi-Fachsekretär Fabian Rehm: „Nur wer der ARK angehört, hat auch Mitspracherecht und wird an Entscheidungen beteiligt.“ Alle anderen Diakonie-Mitarbeiter müssten in arbeitsrechtlichen Fragen „draußen bleiben“. Zudem bleibe nichtchristlichen Beschäftigten der Zugang zur ARK verwehrt.

Rehm kritisierte deshalb „die Bildung einer regelrechten Zweiklassen-Gesellschaft“.

Der zweite Grund für die den ganzen Tag über angesetzten Verdi-Proteste mit Kundgebungen, Musik und Aktionen liegt laut Rehm im kirchlichen Arbeitsrecht mit dem so genannten „Dritten Weg“. Dieser lässt Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen außen vor. Denn die Kirchen haben nach Rehms Angaben ein eigenständiges kollektives

Arbeitsvertragsrecht geschaffen, das die Grundlagen des Tarifsystems abweichend vom geltenden Tarifvertragsrecht regelt. Die Entscheidung obliege kirchlichen Gremien wie etwa der ARK.

„Die Arbeitgeber sind in der ARK strukturell bevorteilt und können das Arbeitsrecht praktisch einseitig diktieren“, kritisierte Rehm. Als Beispiel nannte er die vorgenommene Senkung der Löhne in der Altenhilfe und die Gründung des Arbeitgeberverbandes „Arbeitsgemeinschaft diakonischer Dienstgeber in Hessen.“

„Tarifverträge jetzt“ skandierten die Protestierenden vor



Die Gewerkschaft Verdi forderte gestern mit ihrem Protest vor der Gießener Kongresshalle die Diakonie Hessen zu Verhandlungen mit der Gewerkschaft über Tarifverträge für die rund 30 000 Beschäftigten auf. In der Kongresshalle sollten die Mitglieder der arbeitsrechtlichen Kommission der Diakonie gewählt werden. Diese Wahl wurde jedoch wegen Formfehlern verschoben. Foto: Friesse



Sie vertreten im gestrigen Pressegespräch in Gießen die hessische Diakonie (v. l.): Horst Rühl, Dr. Stefanie Jatho, Christoff Jung und Kathleen Niepmann. Foto: T. Kurz

der Kongresshalle, denen sich laut Verdi rund 120 Delegierte aus der Versammlung angeschlossen hatten.

Verdi fordert mit seinem Protest die Diakonie Hessen zur Verhandlung von Tarifverträgen für die rund 30 000 Beschäftigten auf.

Als einen politischen Skandal hat unterdessen Landeskirchenrat Horst Rühl gestern vor Journalisten in Gießen die Finanzierung der sozialen Arbeit und der Pflege bezeichnet. Am Beispiel der Situation in der Pflege sagte Rühl, der selbst mehrere Jahre Leiter einer Pflegeeinrichtung gewesen ist: „Die finanzielle Schere zwischen Vergütung und tatsächlichen Kosten auf der einen und der durch den Kostenträger gezahlten Pauschale auf der anderen Seite geht immer weiter auseinander. Dies führt zu immer mehr Defiziten bei denen, die soziale Arbeit leisten. Dies sind politisch gewollte Entscheidungen. Ein Desaster für die soziale Arbeit.“

Rühl weiter: „Die Diakonie Hessen fordert eine solidarische und gerechte

Finanzierung der Pflege: in Form der Vollfinanzierung, die zumindest teilweise steuerfinanziert sein muss.“ Das Thema Pflege gehöre nicht auf einen Markt, bei dem das Rennen macht, wer das billigste Angebot setzt – Pflege gehört in einen positiven Wettbewerb um das beste Angebot“, sagte Rühl.

Rühl bezeichnete es als „unverantwortlich, dass Verdi sich dieser Diskussion nicht stellt und stattdessen mit Demonstrationen auf Nebenschauplätzen agiert.“ Er appellierte: „Wir fordern die Gewerkschaften auf, dass sie sich gemeinsam mit uns für bessere Rahmenbedingungen, eine angemessene Bezahlung und einen differenzierten Mindestlohn in der Pflege einsetzen.“

Die Wahl der Arbeitnehmer in die Arbeitsrechtliche Kommission (ARK) sei nicht zustande gekommen, weil sich die Delegierten mit großer Mehrheit für eine Vertagung der Wahl ausgesprochen hatten, da die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl aus deren Sicht aufgrund von Formfehlern nicht möglich gewesen sei.



Diakonievorstand RÜHL: „Finanzierung der Pflege ist ein politischer Skandal“

23.08.13 - REGION - Als einen politischen Skandal hat Landeskirchenrat Horst Rühl, theologischer Vorstand der künftigen Diakonie Hessen (der beiden Diakonischen Werke in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck), die Finanzierung der sozialen Arbeit und der Pflege heute vor Journalisten in Gießen bezeichnet. Am Beispiel der Situation in der Pflege sagte Rühl, der selbst mehrere Jahre Leiter einer Pflegeeinrichtung gewesen ist: „Die finanzielle Schere zwischen Vergütung und tatsächlichen Kosten auf der einen und der durch den Kostenträger gezahlten Pauschale auf der anderen Seite geht immer weiter auseinander und führt zu immer mehr Defiziten bei denen, die soziale Arbeit leisten. Dies sind politisch gewollte Entscheidungen. Ein Desaster für die soziale Arbeit.“

Rühl sagte weiter: „Die Diakonie Hessen fordert eine solidarische und gerechte Finanzierung der Pflege: in Form der Vollfinanzierung, die zumindest teilsteuert finanziert sein muss.“ Die Diskussion um Pflege dürfe nicht mehr länger durch den Wettbewerb um das billigste Angebot und den niedrigsten Preis geprägt sein. „Dienstleistung am Menschen darf nicht marktschreierisch feilgeboten werden. Das Thema Pflege gehört nicht auf einen Markt, bei dem das Rennen macht, wer das billigste Angebot setzt - Pflege gehört in einen positiven Wettbewerb um das beste Angebot. Das muss um Gottes Willen und um der uns anvertrauten Menschen Willen, die unsere Hilfe und Pflege brauchen, so sein“, sagte Rühl. „Verdi agiert auf Nebenschauplätzen, statt sich dem Problem zu stellen“ Rühl bezeichnete es als „unverantwortlich, dass Verdi sich dieser Diskussion nicht stellt und stattdessen mit Demonstrationen auf Nebenschauplätzen agiert.“

Er appellierte: „Wir fordern die Gewerkschaften auf, dass sie sich gemeinsam mit uns für bessere Rahmenbedingungen, eine angemessene Bezahlung und einen differenzierten Mindestlohn in der Pflege einsetzen.“ „Verfahren muss für Mitarbeitende transparent und zuverlässig sein“ Im Blick auf die Delegiertenversammlung, die am Vormittag in der Gießener Kongresshalle getagt hatte, bedauerte Rühl zunächst, dass die Wahl der Dienstnehmer in die Arbeitsrechtliche Kommission (ARK) nicht zustande gekommen sei. Gleichzeitig sei laut Rühl das deutliche Votum der Delegierten nachvollziehbar, die sich am Vormittag mit großer Mehrheit für eine Vertagung der Wahl ausgesprochen hatten, da die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl aufgrund von Formfehlern aus deren Sicht an diesem Vormittag nicht möglich gewesen sei. „Es ist wichtig, dass das Verfahren, das jetzt erstmals durchgeführt wird, auch im Sinne aller Mitarbeitenden transparent und zuverlässig ist“, sagte Diakonie-Vorstand Rühl.

Gesamtausschuss Kurhessen-Waldeck und Hessen und Nassau

Die Mitarbeitervertretungen der zukünftigen Diakonie Hessen und ihrer Mitgliedseinrichtungen sind im Gesamtausschuss zusammengeschlossen. Für die erste Amtszeit wird für den Bereich des bisherigen Diakonischen Werkes in Kurhessen-Waldeck und für den Bereich des bisherigen Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau jeweils ein eigener Gesamtausschuss gebildet. Die beiden Gesamtausschüsse bestehen aus jeweils sieben Personen. Die Aufgaben werden von den Gesamtausschüssen jeweils für ihren regionalen Zuständigkeitsbereich wahrgenommen. Stichwort: Dritter Weg Der Dritte Weg ist das Verfahren der kirchengemäßen Arbeitsrechtssetzung. Hierbei beraten und beschließen gewählte Dienstgeber- und Dienstnehmervertreter in paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommissionen (ARK) über die Weiterentwicklung der kirchlichen und diakonischen Arbeitsbedingungen. Kennzeichen des Dritten Weges sind Parität, Ausschluss von Arbeitskämpfmaßnahmen, Unabhängigkeit der ARK-Mitglieder, Kirchenzugehörigkeit der ARK-Mitglieder.

Davon zu unterscheiden sind der Erste und der Zweite Weg: Im Ersten Weg legen die Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen allein fest. Im Zweiten Weg verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände kollektive Arbeitsrechtsregelungen und schließen darüber Tarifverträge. Stichwort: Arbeitsrechtliche Kommission (ARK) Die Arbeitsrechtliche Kommission (ARK) hat die Aufgabe, die Arbeitsbedingungen der etwa 39.000 Beschäftigten der künftigen Diakonie Hessen und ihrer Mitgliedseinrichtungen zu regeln. Im Rahmen der Fusion der beiden Diakonischen Werke in Hessen und Nassau und Kurhessen-Waldeck umfasst dies besonders die Zusammenführung der beiden unterschiedlichen Arbeitsrechte, einschließlich der Entgeltverhandlungen. Die achtzehnköpfige ARK der künftigen Diakonie Hessen ist paritätisch aus Dienstnehmern und Dienstgebern besetzt. Ihr gehören neun Vertreter der Mitarbeitenden sowie neun Vertreter von Leitungsorganen an. Die Vertreterinnen und Vertreter auf Dienstnehmerseite werden durch Vereinigungen, z.B. Gewerkschaften, und die Delegiertenversammlung der Mitarbeitervertretungen entsandt. Die Dienstgebervertreter werden vom Aufsichtsrat der Diakonie Hessen im kommenden September benannt.

Delegiertenversammlung

Die Vertreter der Mitarbeitenden in der Arbeitsrechtlichen Kommission werden durch Vereinigungen, z.B. Gewerkschaften, und die Delegiertenversammlung der Mitarbeitervertretungen entsandt. Soweit die Sitze noch nicht durch Vereinigungen belegt sind, wählt die Delegiertenversammlung aus ihrer Mitte die weiteren Vertreter der Mitarbeitenden in die Arbeitsrechtliche Kommission. In die Delegiertenversammlung entsendet jede Mitarbeitervertretung aus dem Bereich der Diakonie Hessen eine Person. Die Delegiertenversammlung wird von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der zukünftigen Diakonie Hessen einberufen und geleitet.+++



Arbeitnehmer sperren sich gegen kirchliches Arbeitsrecht

Die für Donnerstag geplante Wahl einer Arbeitsrechtlichen Kommission (ARK) der Diakonie Hessen ist gescheitert. Ein Großteil der Delegierten habe sich wegen angeblicher Formfehler für eine Vertagung auf Dezember ausgesprochen, sagte die Pressesprecherin der Diakonie Hessen, Kathleen Niepmann, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Die ARK regelt das kirchliche Arbeitsrecht. In Gießen sollten eigentlich die Vertreter der Arbeitnehmerseite bestimmt werden.

22.08.2013 | epd

Am Vormittag hatten rund 100 Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Gießen gegen die Wahl demonstriert. "Wir sind gegen die Neuwahl der Kommission und wollen nicht, dass sie ihre Arbeit aufnimmt", sagte ver.di-Sekretär Fabian Rehm am Rande der Kundgebung dem epd. Die Wahl ist notwendig, weil die beiden diakonischen Werke in Hessen Anfang Juli zu einer gemeinsamen Diakonie Hessen fusioniert sind.

Lesen Sie dazu auch

[Der Kirchentag streitet über das kirchliche Arbeitsrecht](#) ^[1]

[Kirchentagspräsident sieht Annäherung im Streit um Arbeitsrecht](#) ^[2]

Die Gewerkschaft demonstrierte für Tarifverträge und gegen den sogenannten Dritten Weg zur Regelung der kirchlichen und diakonischen Arbeitsbedingungen. "Die Diakonie hält bewusst am Dritten Weg fest", sagte der theologische Vorstand der neuen Diakonie Hessen, Horst Rühl. Beim Dritten Weg der Kirchen verhandeln gewählte Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite in der ARK die Arbeitsbedingungen. Als Besonderheit gibt es in Kirche und Diakonie weder Streik noch Aussperrung.

Das Bundesarbeitsgericht in Erfurt hatte im vergangenen Jahr in zwei Urteilen entschieden, dass kirchlich Beschäftigten das Streiken nicht generell verboten werden darf. Grundsätzlich hatte das Gericht allerdings den Sonderweg der Kirchen im Arbeitsrecht bestätigt.

Quellen-URL: <http://aktuell.evangelisch.de/artikel/87814/arbeitnehmer-sperren-sich-gegen-kirchliches-arbeitsrecht>

Links:

[1] <http://aktuell.evangelisch.de/artikel/82811/der-kirchentag-streitet-ueber-das-kirchliche-arbeitsrecht>

http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp?key=standard_teaser_49423663&type=v&rubrik=34946&mediakey=fs/hessenschaukompakt1645/2013_08/130822165836_hsk_diakonie_11357

Video | Mittelhessen - Hessen | Nachrichten | hr-online.de - Windows Internet Explorer

hr http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/indexhessen34938.jsp

hronline.de Die Adresse für Hessen

hr Home Nachrichten Sport Kultur Ratgeber Wetter Fernsehen Radio Archiv Der hr

hr-online.de > Nachrichten > Hessen > Mittelhessen

Mittelhessen

Suche
Der kurze Weg ...
A-Z | Sitemap

Nachrichten:
Hessen
Rhein-Main
Nordhessen
Mittelhessen
Osthessen
Südhessen
Thementage
Verkehrsinfos
Fluglärm
Wahlen
Bildergalerien
In Radio & TV

hessenschau
Videos
Sendung verpasst?
Alle Beiträge als Videoclip

Tarifvertrag gefordert [Zurück zur Übersicht]

Diakonie-Mitarbeiter protestieren



0:00:00 | 0:00:36

Diakonie-Mitarbeiter protestieren
Quelle: © hr | hessenschau , 22.08.2013

In einem neuen Fenster abspielen Video für ISDN/Modem öffnen
Weiterempfehlen

f t g+ Social-Media-Dienste aktivieren (Info)